

Sozialpolitik muss neu gedacht werden

Letzte Woche haben die Richter des Bundesverfassungsgerichtes in Karlsruhe entschieden, dass die Regelsätze der Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II, kurz Hartz-IV, falsch ermittelt wurden und gegen Artikel 1 des Grundgesetzes „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ widersprechen.

Das Bundesverfassungsgericht hat mit seinem Urteil Klarheit geschaffen. Seit Jahren äußerten Sozialverbände und Gewerkschaften berechnete Kritik an den Regelsätzen. Auch ich fand die Berechnung der Sätze nicht transparent und nachvollziehbar genug. Deshalb begrüße ich das jetzige Urteil der Karlsruher Richter. Wir haben jetzt die Chance, unsere Sozialpolitik von Grund auf zu neu auszurichten, um allen Menschen, die auf staatliche Hilfe angewiesen sind, eine gute Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen. Dies gilt insbesondere für die Kinder. Sie sind in unserem Land noch immer viel zu oft von Armut bedroht.

Der beste Schutz vor Kinderarmut ist die existenzsichernde Erwerbsarbeit der Eltern. Kinder sind arm, weil ihre Eltern keine oder schlecht bezahlte Arbeit haben. Wer Vollzeit erwerbstätig ist, muss ein Einkommen erzielen, mit dem er oder sie oberhalb des Grundversicherungsniveaus liegt. Es kann nicht angehen, dass im Endeffekt der Staat dafür aufkommen muss, wenn Arbeitgeber die Löhne niedrig halten.

Wenn Herr Westerwelle davon redet, Leistung müsse sich wieder lohnen, dann soll er mal mit den Leuten reden, die fünf Tage in der Woche acht Stunden lang arbeiten und am Ende aufstocken müssen - weil es keinen einheitlichen Mindestlohn gibt.

Eine Mindestlohnregelung für alle Branchen ist unerlässlich.

Vielfach sind aber auch fehlende Kinderbetreuungsmöglichkeiten die Ursache dafür, dass Eltern keine Erwerbstätigkeit aufnehmen können. Die Entwicklung der Zahl der Kitaplätze in Niedersachsen spricht hier Bände.

Während in Sachsen-Anhalt mehr als jedes zweite Kind einen Platz hat, wird in Niedersachsen nur eines von zehn Kindern täglich betreut. Dies ist im wahrsten Sinne des Wortes ein Armutszeugnis für Frau Ross-Luttmann.

Wir brauchen schnellstens gute, bedarfsgerechte und kostenfreie Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder im Vorschulalter sowie den weiteren Ausbau von Ganztagschulen. Dazu gehört auch ein kostenfreies Mittagessen.

[weiter auf Seite 2](#)

Liebe Freundinnen und Freunde,

die Taktik der FDP ist offensichtlich: Menschen ohne Arbeit sollen ausgespielt werden gegen die, deren skandalös niedrige Löhne nicht zum Leben reichen.

Wir wehren uns gegen eine Abwärtsspirale und fordern nachdrücklicher denn je: Gutes Geld für gute Arbeit! Her mit dem gesetzlichen Mindestlohn!

Euer,



Achim Barchmann

Ebenso muss der Zugang zu Sport und Kultur ermöglicht werden, denn auch dies gehört zum sozio-kulturellen Existenzminimum.

Dies alles hat für mich Vorrang vor unfinanzierbaren Steuersenkungen, die den Ländern und den Kommunen die finanziellen Möglichkeiten für den Ausbau der Infrastruktur entziehen.

Als SPD-Bundestagsfraktion fordern wir eigenständige Kinderregelsätze und Einmalleistungen für Kinder. Die schwarz-gelbe Bundesregierung darf sich nicht weiter auf die Besserstellung von Hoteliers konzentrieren. Viel wichtiger ist es jetzt, im Interesse von rund 7,6 Mio. Empfängern staatlicher Leistungen (davon ca. 2 Mio. Minderjährigen) schnellstmöglich die notwendigen gesetzlichen Änderungen vorzunehmen, um deren Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu gewährleisten.

Genau dafür werden wir uns in Berlin einsetzen. Schon vor dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes haben wir uns für Verbesserungen im Bereich Hartz-IV eingesetzt. Wir haben den Kinderzuschlag eingeführt und weiterentwickelt, damit Familien nicht deshalb bedürftig werden, weil sie Kinder haben. Wir haben das Wohngeld erhöht und einen Heizkostenzuschuss eingeführt.

Olaf Scholz hat bereits dafür gesorgt, dass zum 1. Juli 2009 eine neue Altersstufe für Kinder und Jugendliche eingeführt wurde: 6-13jährige Kinder im Grundsicherungsbezug erhalten seitdem 35 EUR mehr im Monat.

Ebenfalls wurde – gegen den ursprünglichen Widerstand von CDU/CSU - auf Vorschlag der SPD-geführten Länder für bedürftige Schülerinnen und Schüler das Schulbedarfspaket in Höhe von 100 EUR pro Schuljahr eingeführt, und zwar bis einschließlich der 13. Klasse.

Der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für alle Kinder ab dem ersten

Geburtstag wurde gegen den Widerstand der Union durchgesetzt. Dies ermöglicht eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf – insbesondere auch für Alleinerziehende.

In sozialdemokratisch regierten Ländern sind bereits wichtige Schritte unternommen worden, um ein kostenloses warmes Mittagessen in den Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen zu gewährleisten. Gleiches gilt für die Lernmittelfreiheit sowie den kostenfreien Zugang zu einem Studium: Der Zugang zu Bildung ist nicht nur ein Menschenrecht, sondern schützt auch vor Armut.

Um es auf den Punkt zu bringen: Wir brauchen eine neue Berechnung der Hartz-IV-Sätze. Besonders bei den Kindern muss entschieden nachgebessert werden. Sie müssen vollen Zugang zu guter Bildung haben – von der Kita bis zum Studium. Wir brauchen aber auch mehr sichere Arbeitsplätze für die Menschen. Und damit die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von Ihrer Arbeit auch leben können, brauchen wir landesweite Mindestlöhne. Das beste Mittel gegen Armut heißt: Gute Arbeit für die Menschen.



**KEIN LOHN
UNTER 7,50
Euro pro Stunde**

Barchmann: Unverständnis für Abkehr vom RVA

Der geplante Rückzug des Landkreises Helmstedt aus der Finanzierung des Regionalverbundes für Ausbildung (RVA) stößt beim SPD Bundestagsabgeordneten Achim Barchmann auf Kritik.

„Der RVA ist ein Leuchtturmprojekt im Bereich Arbeitsmarkt für die gesamte Region. In diesem Verbund arbeiten Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften effizient zusammen, um für junge Menschen bestmögliche berufliche Startbedingungen zu schaffen. Gerade diese koordinierte Hilfe garantiert gute und sichere Ausbildungsplätze“, so Barchmann. Gerade die Position der CDU-Fraktion um Wittich Schobert könne er nicht nachvollziehen.

„Es kann nicht angehen, dass man dem nachweislich gut arbeitenden RVA erst die Mittel entzieht und dann mit dem Finger auf die Bundesebene zeigt, wenn die Jugendlichen vor Ort auf der Straße stehen. Da wird sich vor sozialpolitischer Verantwortung auf Kreisebene gedrückt.“, sagte Barchmann. Die Haushaltslage sei aufgrund der Wirtschaftskrise auf allen Ebenen angespannt.

„Dies darf aber nicht Grund dafür sein, die berufliche Zukunft junger Arbeitssuchender zum Spielball politischer Zwistigkeiten zu machen. Gerade der Landkreis Helmstedt muss in dieser Situation weiter zu seinen Pflichten stehen und die über Jahre erfolgreiche Arbeit des RVA weiter unterstützen“, forderte Barchmann.

Er sei bereit, sich mit den Verantwortlichen an einen Tisch zu setzen, um eine für alle Beteiligten tragfähige Lösung zu finden.

Unterstützung für Leonardo-da-Vinci-Gesamtschule

Achim Barchmann traf sich gemeinsam mit dem Landtagsabgeordneten Klaus Schneck (SPD) mit der Schulelternratsvorsitzenden der Leonardo-da-Vinci-Gesamtschule Wolfsburg, Frau Sabine Caritá und Monika Türke, Vorstandsmitglied des Schulelternrates. Letztere schilderten die ungeklärte Situation der Schule zum kommenden Schuljahr.

In der Deutsch-Italienischen Gesamtschule Wolfsburg (DIGS) endet der Status „Schulversuch“ zum 31. Juli 2010. Dieses in Deutschland einmalige Projekt ermöglicht einen zweizügigen bilingualen und bikulturellen Zweig von Klasse 1 bis zum Abitur mit einem Sondererlass des Landes Niedersachsen.

„Die Leonardo da Vinci Gesamtschule hat die Möglichkeit, innerhalb einer Integrierten Gesamtschule das bewährte Schulkonzept fortzuführen und weiterzuentwickeln. Hierfür wird erneut ein Sondererlass des Landes Niedersachsen benötigt. Den wollen wir bekommen“, so Barchmann optimistisch. Dazu sollen auch die Arbeitgeber ins Boot geholt werden, die schließlich gut ausgebildete Bewerber bräuchten.

Achim Barchmann bot an, sich an die Bundesbildungsministerin Anette Schavan mit der Bitte um Unterstützung zu wenden. Klaus Schneck sagte seine Unterstützung gemeinsam mit den örtlichen Landtagsabgeordneten zu.

Termine - Hier können Sie mich treffen:

18.02. 2010	15.30-17.00 Uhr	Kreismeisterschaften für Luftdruckwaffen Lappwaldhalle in Grasleben
19.02. 2010	11.00-13.00 Uhr	Leonardo-da-Vinci-Gesamtschule Wolfsburg anlässlich des Besuchs des italienischen Botschafters